

Aus für das Revival des Pilgerwegs bei der Tössegg

BUCHBERG/EGLISAU. Aus der seit sechs Jahren diskutierten Hängebrücke, mehr als 30 Meter über Wasser, zwischen dem Eglisauer Ortsteil Tössriederen und der Schaffhauser Nachbargemeinde Buchberg wird nun doch nichts: Trotz «Sympathien» der beiden involvierten Gemeinden und Kantone macht der Natur- und Landschaftsschutz der Baute einen Strich durch die Rechnung.

Wie die Gemeinde Eglisau mitteilt, sei dies bereits bei der Machbarkeitsstudie der Fall gewesen. Sprich: Die Hängebrücke hält auch den finalen Einschätzungen der kantonalen Ämter sowie der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) nicht stand. Die beiden Gemeinden haben deswegen vor wenigen Tagen beschlossen, das Projekt nicht weiterzuverfolgen.

Landschaftsbild beeinträchtigt

Die nur für Fussgängerinnen und Fussgänger vorgesehene Hängebrücke, ein «Siegerprojekt» aus einer Auswahl von sieben Haupt- und zwei Untervarianten, hätte einen historischen Fussweg, auch als Pilgerweg benutzt, von 1850 ersetzen sollen, der auf Eglisauer Seite auf der Höhe der ehemaligen Ziegelhütte, heute als «Waldheim-Beizli» bekannt, über den Rhein führte.

Doch für die Fachstellen, vor allem für die ENHK, wiegt der Schutzstatus der Tössegg zu schwer, würde eine Hängebrücke das Landschaftsbild zu stark beeinträchtigen; das auch über erforderliche neue Zufahrtswege. Eine Hängebrücke als Attraktion beeinflusse zudem den Vogel- respektive Brutschutz negativ.

Im Mai 2018 war eine Vorstudie präsentiert worden, einen Monat später informierte die IG Pilgersteg Tössegg die Gemeinderäte von Buchberg und Rüdlingen bei deren gemeinsamer Sitzung ein erstes Mal direkt über das Projekt «Hängebrücke über den Rhein». Wenige Tage später wurde der Kreis erweitert, wurden Gemeinderäte aus Eglisau, Freienstein-Teufen, der Bülacher Stadtrat sowie die Kraftwerke Eglisau-Glattfelden AG aufgeklärt. Im Herbst 2020 folgte eine Absichtserklärung der Kantone Zürich und Schaffhausen sowie der Gemeinden Eglisau und Buchberg. Die Projektstudie, deren Kosten paritätisch verteilt wurden, schlug damals mit knapp 60 000 Franken zu Buche. (ajf)



Im Weinland frühestens ab 2035 zu sehen, wenn überhaupt: grosse Windkraftanlagen, wie hier im grenznahen Windpark Verenafohren in Wiechs. BILD ZVG/DESIGNCONNECTION GMBH

«Wir haben ein Speicherproblem»

Die SVP des Bezirks Andelfingen ist mit den Windkraft-Plänen der Zürcher Baudirektion alles andere als einverstanden. Statt auf Wind soll der Kanton vielmehr auf Wasserkraft setzen.

Alexander Joho

Am 31. Oktober endet die Vernehmlassung zur Teilrevision Energie des Zürcher Richtplans. Der Weinländer Ableger der SVP hat nun, gemäss eigener Aussage nach ausgiebiger Prüfung aller möglichen Windkraftstandorte im Bezirk, kurzfristig noch eine «Einsprachenkampagne» gegen das «Windrad-Diktat» lanciert. Der Norden des Kantons Zürich werde – über die zu bestimmenden Eignungsgebiete – mit bis zu 30 Windkraftanlagen, allesamt gegen 220 Meter hoch und mit einer Spannweite von bis zu 160 Metern, «verschandelt». Alle Parteimitglieder respektive alle Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks sollten sich über Eingaben gegen die aus Sicht der SVP «unsinnige» Windkraft aussprechen.

«Ineffiziente Windkraft»

SVP-Bezirkspräsident Stefan Stutz macht sich bereits auf kommunaler Ebene gegen Windkraft stark: Seine Einzelinitiative zum Mindestabstand von 1000 Metern von grossen Windrädern zum Siedlungsgebiet ist vom Trübler Gemeinderat für gültig erklärt worden (die SN berichteten). In Feuerthalen kommt eine derartige Initiative vor die Gemeindeversammlung, in Thalheim ist die Regelung bereits abgesegnet worden. In mehreren anderen Weinländer Gemeinden – in Dorf, Henggart, Kleinandelfingen und Marthalen – hat der Gemeinderat entsprechende Einzelinitiativen bereits erhalten oder sollen diese noch eingereicht werden.

Die Weinländer SVP kritisiert unter anderem die für einen Windpark im Wald benötigten

Eignungs- versus Potenzialgebiete

Die SVP des Bezirks Andelfingen schreibt in ihrer Stellungnahme hauptsächlich von «Potenzialgebieten». Dieser Begriff bezieht sich auf eine frühere, mittlerweile veraltete kantonale Auslegeordnung. Die Planung der Zürcher Baudirektion spricht bei der Bestimmung von möglichen Windkraftflächen im Kanton – nach einem weiteren Ausschlussverfahren – aktuell noch von 20 «Eignungsgebieten» (plus 15 weiteren, die zurückgestellt werden).

knapp fünf Meter breiten Zufahrtsstrassen, um die Windradkomponenten per 40-Töner anzuliefern. «Für diese Strassen muss bereits viel Wald gerodet werden und Waldboden wird versiegelt, was das Ökosystem dort zerstört oder zumindest empfindlich stört.»

Die Partei rechnet weiter vor: Eine einzige Windkraftanlage benötige rund 900 Tonnen Beton, über 350 Tonnen Stahl, 24 Tonnen Keramik und Glas, 21 Tonnen an Kunststoffen, fünf Tonnen Kupfer, drei Tonnen Aluminium und 500 Kilogramm seltene Erden; hinzu komme ein Waldflächenverbrauch von bis zu zwei Fussballfeldern pro Anlage. Das alles sei bei einer Lebensdauer pro Anlage von 20 bis 25 Jahren «absolut nicht umweltfreundlich». Windkraft sei ineffizient, der Nutzen stehe in keinem Vergleich zu den Kosten, inklusive jenen bei einem Rückbau.

Ausbau der Wasserkraft gefordert

Die Weinländer SVP bemängelt, das vorgesehene Plangenehmigungsverfahren stelle einen massiven Eingriff in die Gemeindeautonomie dar, und teilt in ihrer Stellungnahme die Meinung der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (siehe SN vom 25. Oktober): Potenzialrespektive Eignungsgebiete, die sich entweder ganz oder zu Teilen im Bezirk befinden, sollen aus dem Richtplan gestrichen werden.

In ihrer ausführlichen Stellungnahme macht die Volkspartei jedoch auch Alternativvorschläge zur Energiegewinnung, insbesondere in Bezug auf die Wasserkraft. Anhöhen wie der Cholfirst, der Stammerberg oder der Irchel – allesamt höher gelegen als der Engeweiher in Schaffhausen – böten sich für Speicherseen an.

Zusätzlich gebe es weitere Alternativen zur Windenergie: Bandenergie durch konventionelle, CO₂-neutrale Kraftwerke, Fotovoltaik auf bereits bestehender Infrastruktur oder auch ausserkantonalen Strombezug. Letztere Option werde auch mit dem Plangenehmigungsverfahren notwendig bleiben. Der SVP-Bezirksableger spricht sich des Weiteren für Wasserstoffproduktionsstandorte aus. Die Wasserkraft, so in Neuhausen, sei auszubauen, das Kraftwerk Rheinau 2035, bei der Erteilung einer neuen Konzession, nachzurüsten. Ein neues Wasserkraftwerk in Rheinfahl-Nähe kommt für die SVP hingegen nicht infrage. Im Bezirk werde bereits heute überproportional viel Strom produziert: «Wir haben kein Produktions-, sondern ein Speicherproblem.»

Windkraftanlagen bedrohen nebst der Tierwelt, der Natur allgemein und dem Grundwasser auch das Landschaftsbild; so sei es unverständlich, für grosse Windkraftanlagen zu werben, wenn in Marthalen 2004 ein Turm auf dem Buechberg abgelehnt worden sei, der den Waldfirst um ganze drei Meter überragt hätte. Angst besteht für die SVP auch in Sachen Schattenwurf, der zum Teil «massiv» ausfallen könnte. Das kantonale Vorgehen beisse sich mit der Gemeindeautonomie; zudem würden diverse Schutzziele verletzt. «Auszüge aus dem kantonalen Richtplan für das Zürcher Weinland zeigen eine komplett verfehlte Priorisierung oder mangelhafte Abklärung bei der Auswahl der Potenzialgebiete.» Dass Kapitalgesellschaften als Begünstigte durch die Baudirektion Enteignungsrechte erhalten könnten, ist aus Sicht der Weinländer SVP ein massiver Eingriff in die Eigentumsgarantie.

Deutlich mehr Windkraft-Freunde links der SVP

Bei den meisten Parteien im Weinland geben die Windkraftpläne des Kantons wenig zu reden; die Mehrheit verzichtet auf eine schriftliche Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Richtplanrevision.

Alexander Joho

Dass die Weinländer Grünen ihrem Parteikollegen Martin Neukom in der Regierung in Sachen Windkraft die Stange halten, ist keine Überraschung. Die Bezirkspartei hat zwar keine schriftliche Stellungnahme eingereicht, wohl aber haben sich individuelle Parteivertreter geäussert, darunter Präsident Thomas Feer und Vorstandsmitglied Alfred Weidmann. «Für den Winterstrom braucht es Windenergie», sagt Weidmann.

Spätestens dann, wenn viele Ölheizungen durch Wärmepumpen ersetzt seien, drohe in einer Kälteperiode ein Strommangel. «Mindestens eine Windkraftanlage sollte im Bezirk aufgestellt

werden, das möchte ich noch erleben.» Am Ende, so Weidmann, werde man sich auch an eine schöne Landschaft mit Windenergie gewöhnen. «Es gibt keinen Grund, einzelne Eignungsgebiete auszuschliessen. Die Diskussion wird weitergehen. Gebaut wird, wenn überhaupt, noch lange nicht.»

Keine Einschränkungen

Die SP Weinland wird keine Stellungnahme innerhalb der Vernehmlassung abgeben, war jedoch mit Vertretern am nicht-öffentlichen Informationsanlass der Zürcher Baudirektion von Ende August in Henggart zugegen.

SP Weinland-Co-Präsidentin Käthi Furrer: «Wir haben Baudirektor Martin Neukom gegenüber erklärt, dass Mindestabstände von 1000 Metern einem Bauverbot gleichkämen. Eine «Nullvariante» kann für den Bezirk Andelfingen nicht infrage kommen. Es braucht für jedes Eignungsgebiet bei allfälligen Bauten sorgfältige Abklärungen. Wir verstehen die Argumente der Baudirektion. Grosse Windräder können auch wieder rückgebaut werden. Wenn wir die Ener-

giegewinnung schaffen wollen, dann sind alle Arten der erneuerbaren Energien zu prüfen. Man kann sich dem nicht einfach so verschliessen.»

Andrea Braun, Präsident der Weinländer GLP, bestätigt, dass sich seine Partei ebenfalls nicht mit einer Stellungnahme an der Vernehmlassung beteiligen wird. «Allgemein befürworten wir Windkraft; teils gibt es aber kritischere Stimmen, wie beispielsweise im Stammertal.» Die Notwendigkeit von Windkraft sei gegeben, «in der Abwägung von Landschaftsschutz und der Förderung von erneuerbaren Energien ist diese Gewichtung stärker».

Bis zu einer Baubewilligung müssten noch viele Stufen durchlaufen werden. «Eine weitere Einschränkung von Eignungsgebieten macht keinen Sinn, die aktuelle Auswahl hat ja bereits ein Ausschlussverfahren durchlaufen.» Man dürfe nicht vergessen, so Braun, dass auch der Bau von Speicherseen, wie von der SVP vorgeschlagen, zu massiven Eingriffen in die Natur führen würde.

Kantonsrat Konrad Langhart (Stammheim) ist für die Mitte-Partei der «Wind-

papst». Er hat diese Woche, zusammen mit anderen Ratskollegen, eine kleine Windkraft-«Vorstosselle» in Bewegung gesetzt. Windkraftprojekte werden, auch über eine Stellungnahme als Teil der Vernehmlassung, begrüsst.

Gemeinden sollen mitreden

Um Windkraft zu ermöglichen und deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern, müsse der Kanton jedoch über die Bücher: Die direkt betroffenen Gemeinden und Grundstückseigentümer sollen in die Genehmigungsprozesse mit einbezogen und für ihre Kosten und Lasten entschädigt, die Bevölkerung an der Wertschöpfung finanziell beteiligt werden; ohne Zustimmung der Standortgemeinden dürften keine Windkraftanlagen gebaut werden.

Von Mindestabständen oder Enteignungen will die Mitte nichts wissen, jedoch seien Betreiber dazu verpflichtet, die Sicherheit und den Rückbau ihrer Anlagen zu garantieren. Die Mitte propagiert zudem, den Sommer-Stromüberschuss zur Herstellung von Wasserstoff oder für die Speicherung in Batterien zu

verwenden. Richtplaneinträge seien in einzelnen Fällen besonders zu prüfen: in unmittelbarer Nähe von einmaligen Naturschutzgebieten und Naturreservaten, in der Nähe von denkmalgeschützten und/oder archäologisch bedeutenden Gebäuden oder Gebäudekomplexen mit besonderem Schutzstatus sowie in Einzugsgebieten mit besonderen Aviatik-Anforderungen.

Bei der FDP im Bezirk, die auf eine schriftliche Stellungnahme zuhanden der Baudirektion verzichtet, wird auf die Mitteilung der Kantonalpartei von Anfang Juni verwiesen: Man wolle sich den erneuerbaren Energien nicht verschliessen, betroffene Gemeinden wie auch die lokale Bevölkerung sollten hingegen frühzeitig mit einbezogen werden und mitwirken können. «Die Prozesse für den Um-, Aus- und Neubau von erneuerbaren Energien müssen generell beschleunigt und ebenso die langwierigen Bau- und Bewilligungsverfahren verkürzt werden», heisst es.

Christina Furrer, die Präsidentin der EVP im Bezirk Andelfingen, war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.